

# Leitl: „Dann holt uns der Teufel“

*Wirtschaftskammer und  
Experten fordern eine rasche  
Reform des Sozialsystems.*

VON ERICH WITZMANN

ALPBACH. Dem Präsidenten der Wirtschaftskammer platzte der Kragen. „Wenn wir in diesem Jahrzehnt nicht die Weichen stellen, dann holt uns der Teufel“, sagt Christoph Leitl auf die Frage der „Presse“, ob die Politik eine umfassende Reform des Sozialsystems noch lange hinauszögern könne. Anhand demografischer Daten sei es klar: „Zwischen 2010 und 2015 ist die Bruchlinie da.“ Helmut Kramer, Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo), drückte sich vorsichtiger aus. „Jene politische Kraft wird punkten, die Sicherheit vermittelt, die eine glaubhafte Strategie entwickelt.“ Es müsse also geradezu ein Wettlauf der Politik um weit reichende Reformen einsetzen. „Das europäische Sozialmodell im Um-

bruch: eine Neudefinition des Wohlfahrtsstaates?“ so lautet der Titel der Reformgespräche in Alpbach. Die Wirtschaftskammer, die diese Gespräche initiiert hat, präsentierte am Dienstag ein Strategiekonzept, das „Media Trends“ bis zum Jahr 2050 und den darauf resultierenden Reformbedarf enthält. Neben bekannten Forderungen wie die Einführung eines Pensionskontos werden alle sozialen Bereiche verklammert.

Lob erntet Reinhard Wanek mit seinen jüngsten Forderungen zur Senkung der Kosten in der Gesundheitspolitik. Leitls Vorschlag dazu: Die Gesundheitsvorsorge sollte mit einer Senkung der Lohnnebenkosten verbunden werden. Allen über 40-jährigen, die sich alle fünf Jahre einem Gesundheitscheck unterziehen, sollte ein Prozent des Arbeitgeber- und ein Prozent des Arbeitnehmerbeitrags abgezogen werden. Das mache etwa 100 Mill. Euro pro Jahr aus und sei viel weniger, als man ansonsten für diese Altersgruppe im Gesundheitsbereich ausgeben würde.

Bezüglich des Pensionsantrittsalters befürwortete Leitl ein Modell, das jenem im Schweden ähnlich ist. Dort werden beim früheren Pensionsantritt bis zu zwölf Prozent im Jahr abgezogen, bei einem späteren gibt es hingegen Zuschläge. „Länger zu arbeiten“, so Leitl, „ist eine Chance, nicht eine Strafe.“ Kramer drängt auf eine Bewusstseinsänderung, die durch Politik und Medien vorangetrieben werden soll. „Derzeit herrscht eine Stimmung vor, dass es eine Zumutung ist, länger zu arbeiten.“

Während der Podiumsdiskussion bestimmte die Lebensarbeitszeit über weite Strecken die Ausführungen. Sozialforscher Bernd Marin lobt zwar die derzeitige Pensionsreform. Sie halte aber höchstens für zwei Legislaturperioden. Marin, der die Wut mancher Jungen versteht, fordert von den hohen Pensionen der Politiker und vieler Beamter Abschlüsse – ein Vorschlag dem Leitl nicht folgen will. Und Kramer rät zur Vorsicht: „Das Aufbausuchen des Generationenkonfliktes wäre schrecklich.“